

Besetztes Gebiet : DDR

Am 3. Oktober 1989 sind die Bürger der DDR entsprechend dem Beschluss der frei gewählten Volkskammer dem Geltungsbereich des westdeutschen Grundgesetzes beigetreten. Damit fand der 40-jährige Besatzungsstatus der DDR und der BRD ein Ende. Zu einem Friedensvertrag haben sich die beteiligten Regierungen nicht einigen können. Im Vorfeld gab es Gespräche und einen **Vertrag zwei plus vier**, zwischen den vier Besatzungsmächten Sowjetunion, USA, England und Frankreich sowie den zwei deutschen Staaten BRD und DDR. Die Beauftragten der beiden deutschen Regierungen Günther Krause und Wolfgang Schäuble haben im Vorfeld einen Einigungsvertrag ausgearbeitet, der von der Volkskammer und dem Bundestag bestätigt wurde.

Mit dieser speziellen Form der Wiedervereinigung der in Folge des von Deutschland begonnenen und verlorenen zweiten Weltkrieges entstandenen beiden Staaten BRD (aus den drei westlichen Besatzungszonen) und der DDR (aus der sowjetischen Besatzungszone) und dem Sondergebiet Ost/Westberlin mit einem Vier-Mächte-Status, das weder zur BRD noch zur DDR gehörte, obwohl Ostberlin immer als „Hauptstadt der DDR ausgegeben“ wurde, von der Westpropaganda abfällig als „Pankow“ bezeichnet.

Im Einigungsvertrag wurde u.a. vereinbart

Art 3 Inkrafttreten des Grundgesetzes

Mit dem Wirksamwerden des Beitritts tritt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1481), in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in dem Teil des Landes Berlin, in dem es bisher nicht galt, mit den sich aus Artikel 4 ergebenden Änderungen in Kraft, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

Art 4 Beitrittsbedingte Änderungen des Grundgesetzes

In das Grundgesetz wird folgender neuer Artikel 143 eingefügt:

"Artikel 143

(1) Recht in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet kann längstens bis zum **31. Dezember 1992** von Bestimmungen dieses Grundgesetzes abweichen, soweit und solange infolge der unterschiedlichen Verhältnisse die völlige Anpassung an die grundgesetzliche Ordnung noch nicht erreicht werden kann. Abweichungen dürfen nicht gegen Artikel 19 Abs. 2 verstoßen und müssen mit den in Artikel 79 Abs. 3 genannten Grundsätzen vereinbar sein.

(2) Abweichungen von den Abschnitten II, VIII, VIIIa, IX, X und XI sind längstens bis zum **31. Dezember 1995** zulässig.

(3) Unabhängig von Absatz 1 und 2 haben Artikel 41 des Einigungsvertrags und Regelungen zu seiner Durchführung auch insoweit Bestand, als sie vorsehen, dass Eingriffe in das Eigentum auf dem in Artikel 3 dieses Vertrags genannten Gebiet nicht mehr rückgängig gemacht werden."

Merkwürdig bei dieser Art der Vereinigung zweier Staaten (BRD und DDR) zu einem neuen Gesamtdeutschland war unter Beachtung der Tatsache, dass beide wegen unterschiedlicher Besatzer auch zu unterschiedlichen Militärbündnissen gehörten, wie man sich gegenseitig behandelte. Die beiden Militärbündnisse standen sich feindlich gegenüber: Nato und Warschauer Vertrag. Beide hatten Atomwaffen in Deutschland stationiert, die Bundeswehr übte Angriffe auf die DDR, u.a. Atombombenabwürfe auf Dresden und andere DDR-Städte, die Nationale Volksarmee machte im Prinzip in brüderlicher Einigkeit mit dem großen Bruder (Sowjetische Streitkräfte in der DDR, immerhin ca. 500.000 Soldaten) das gleiche in entgegen gesetzter Richtung. Was machen nun beide, wenn sie plötzlich eins sind ? Da wurde es merkwürdig. Der DDR-Spion in der BRD war ein Krimineller und wurde bestraft. Der BRD-Spion in der DDR wurde nicht entlarvt, er konnte weiterarbeiten, bekam ggf. eine andere Aufgabe und später eine gute Pension.

Artikel 103 des Grundgesetzes

(2) Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.

Artikel 49 der Charta der Grundrechte EU **Grundsätze der Gesetzmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit im** **Zusammenhang mit Straftaten und Strafen**

(1) Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem oder internationalem Recht nicht strafbar war. Es darf auch keine schwerere Strafe als die zur Zeit der Begehung angedrohte Strafe verhängt werden. Wird nach Begehung einer Straftat durch Gesetz eine mildere Strafe eingeführt, so ist diese zu verhängen.

(2) Dieser Artikel schließt nicht aus, dass eine Person wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt oder bestraft wird, die zur Zeit ihrer Begehung nach den allgemeinen, von der Gesamtheit der Nationen anerkannten Grundsätzen strafbar war.

(3) Das Strafmaß darf gegenüber der Straftat nicht unverhältnismäßig sein.

Artikel 11 der UNO Menschenrechte-Charta

1. Jeder, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat das Recht, als unschuldig zu gelten, solange seine Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.

2. Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem oder internationalem Recht nicht strafbar war. Ebenso darf keine schwerere Strafe als die zum Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung angedrohte Strafe verhängt werden.

In dem wiedervereinigten Deutschland gelten auch diese EU-Charta und die UNO-Charta. Danach dürften Handlungen in der DDR bzw. im Auftrag der DDR, die zum Zeitpunkt der Ausübung nicht strafbar waren, auch später nicht als Straftat verfolgt werden. Umgekehrt ebenso wenig. Diese Wiedervereinigung war auch nicht die erste in der deutschen Geschichte.

Im Jahre 1955 hat sich das zu Frankreich gehörende Saarland in gleicher Weise, wie die DDR 1989, mit der damaligen BRD vereinigt. Ich glaube nicht, dass alle diejenigen, die mit der französischen Besetzung zusammengearbeitet haben, später dafür bestraft bzw. von allen öffentlichen Aufgaben ausgeschlossen wurden, z.B. Bundestagsabgeordneter, Richter oder Staatsanwalt usw.

Heute zwanzig Jahre nach dem 3.Oktober 1990 werden aber sehr viele ehemalige DDR-Bürger für ihr damals nicht kriminelles Tun geächtet und erhalten Berufsverbot. Das geht sogar soweit, dass nicht nur alle verantwortlichen Positionen in der ExDDR von westdeutschen Kadern besetzt werden, wie der Chef der **Dresdner Semperoper**, der **Dresdner Museen**, der **Technischen Universität Dresden** usw., sogar die **sächsische evangelische Landeskirche** bekommt einen westdeutschen Bischof vor die Nase gesetzt. In den 40 Jahren sowjetischer Besetzung gab es nie einen russischen Bischof – immer einen aus Sachsen. Nahezu die gesamte DDR-Bevölkerung wird auf dieser Weise kriminalisiert, dabei handelt es sich immerhin um so viele Menschen, wie die Länder Schweden, Norwegen und Dänemark zusammen an Einwohnern haben.

Im Jahre 2011 gibt es keinen Bundesminister aus der ExDDR, es gibt keinen Richter am Bundesverfassungsgericht und anderen Bundesgerichten aus der ExDDR, es gibt keinen Fußballspieler in der Nationalmannschaft, es gibt keine Fußballmannschaft in der Bundesliga. Ebenso ist es in den Bundes-Medien, wie ARD, ZDF, 3Sat, ARTE, Deutschlandfunk, Deutsche Welle usw. Alles nur West-Journalisten. Auch die Sendungen kommen weiterhin aus Bonn, aus Düsseldorf, usw. aber niemals aus Magdeburg, Schwerin, Dresden oder Rostock. Selbst die politischen Kabarettisten, wie die **Dresdner Herkuleskeule**, die **Leipziger Pfeffermühle** u.a. haben Fernsehverbot. Im DDR-Fernsehen waren sie zwar selten, ab hin und wieder doch zu sehen. Kurt Hager und Genossen hatten Angst vor der Kritik, die Westbesitzer haben offenbar noch mehr Angst davor.

Artikel 36 des Grundgesetzes

(1) Bei den obersten Bundesbehörden sind Beamte aus allen Ländern in angemessenem Verhältnis zu verwenden. Die bei den übrigen Bundesbehörden beschäftigten Personen sollen in der Regel aus dem Lande genommen werden, in dem sie tätig sind.

Bei der Reichsgründung 1870 haben sich mehr als 10 deutsche Länder vereinigt. Da musste ein gemeinsames Recht, gleiche Maße usw. eingeführt werden. Manche dieser Länder haben zuvor u.U. Krieg gegeneinander geführt und waren nicht immer freundlich zueinander. Trotzdem konnten die Bayern nicht fordern, dass die Preußen keine Abgeordneten im Reichstag haben dürfen, wenn diese zuvor als Spione in Bayern tätig waren, oder dass niemand aus Hessen als Reichsminister tätig sein darf bzw. als Richter oder Staatsanwalt oder Bischof.

Bei einer Gesprächsrunde in der ARD, bei der u.a. Professor Biedenkopf ein Teilnehmer war, sagte dieser auf die Frage, warum es keinen Verfassungsrichter aus der ExDDR gäbe, dass nach zwanzig Jahren die Menschen in der DDR alle dafür noch zu dumm seien und so ein Amt nicht ausüben könnten. Man stelle sich die Frage, wer war denn 1949 bei der Gründung der BRD Richter am damaligen Bundesverfassungsgericht? Das waren nahezu alles ehemalige Nazirichter – das ist für Professor Biedenkopf in Ordnung – Nazis sind besser als Ossis.

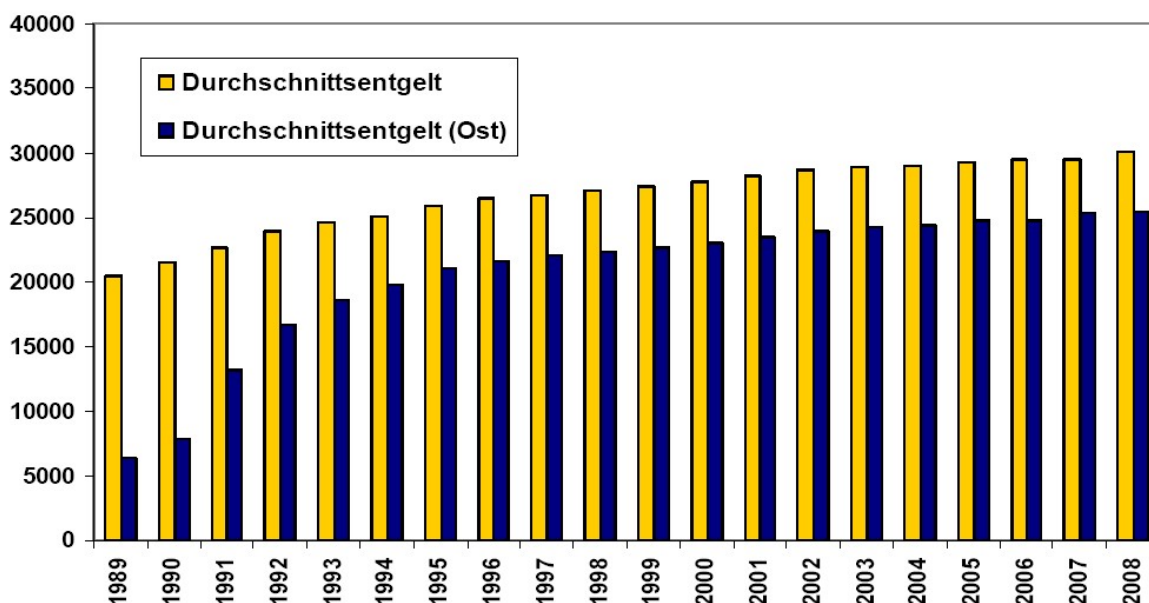
Damit zeigt er deutlich, dass seine mehrjährige Arbeit als sächsischer Ministerpräsident keine Verbundenheit zu den Menschen in Sachsen darstellt, sondern die Aufgabe einer Besatzer-Kommandantur war. Man stelle sich vor, ein bayrischer Ministerpräsident würde in der ARD zum Ausdruck bringen, dass ein bayrischer Staatsbürger niemals als Verfassungsrichter oder Staatsanwalt tätig sein könne.

Ein weiterer Aspekt ist der organisierte Lohn- und Einkommensraub.

Durchschnittslöhne: Bisheriger Angleichungsprozess



Angleichung der Durchschnittslöhne in Ost und West



9

Quelle: Sachverständigenrat (Jahresgutachten 2008), eigene Darstellung

Diese Tabelle zeigt, dass es nach dem 3. Oktober 1990 eine Angleichung der Ostlöhne an die Westlöhne gab, seit 1994 jedoch scheint der Abstand fixiert zu sein. Ebenso ist es bei den Renten, den Beamtenbezügen usw. Es handelt sich dabei nur im geringen Maße um Löhne, die von ostdeutschen Unternehmen gezahlt werden. Die meisten Lohnempfänger arbeiten bei westdeutschen Unternehmen. Da ja fast alles in westdeutsche Hand ist, sind es auch die Unternehmen, selbst wenn ostdeutsche Tochterfirmen vorgegaukelt werden. Lidl, Netto, ARAL, usw.

Als die Nazis in Warschau das Ghetto errichtet hatten, bestand dort der Wunsch, auch Juden für bestimmte Arbeiten zu beschäftigen. Es gab einen Erlass der Nazis, den Juden etwa 80% dessen zu zahlen, was man einem Arier zahlt.

In diesem Sinne ist der Erlass der Bundesregierung im Jahr 2010 zu verstehen, wo auf Vorschlag von Frau Leyen die Mindestlöhne für die Pflegebranche festgelegt sind.



The screenshot shows the website of the German Federal Government (Die Bundesregierung). The main navigation bar includes links for English, Français, Kontakt, Impressum, and Übersicht, along with a search field. The left sidebar contains a menu with categories like Energiekonzept, Europa und der Euro, Zukunftspaket, Bundesregierung, Nachrichten, Mediathek, Grundgesetz / Gesetze, Publikationen, and Magazine. Below this is a 'DOSSIERS:' section with topics such as Bildungsrepublik Deutschland, 20 Jahre Deutsche Einheit, Afghanistan, Nachhaltigkeitsstrategie, Bürokratieabbau, Konjunkturpakete, and Wissen schafft Wohlstand. At the bottom of the sidebar is a 'DIREKT ZU:' section with a dropdown menu for 'Bundesministerien'. The main content area features a breadcrumb trail 'Sie sind hier: Startseite' and a headline 'Mindestlohn in der Pflegebranche beschlossen' dated 'Mi, 14.07.2010'. The article text states that a qualified care workforce must be paid appropriately, with a new legal minimum wage to be implemented by August 1, 2010. It details the wage levels for West (8.50 Euro) and East (7.50 Euro) Germany, with planned increases of 25 cents starting in 2012 and 2013. A quote from the 'Pflegekommission' explains that the basis for these wages is the proposal of the commission, which was established by the Federal Government in March of the current year. The commission consists of representatives from organizations involved in setting collective working conditions in the care sector, including the German Association of Care Employers and the Evangelical Church's Diakonisches Werk.

Bereits die Begriffe **Westen** und **Osten** sind im Grundgesetz und Einigungsvertrag nicht erwähnt. Man kann sie als Himmelsrichtung verwenden. Beispielsweise liegt Nürnberg aus Sicht von Stuttgart im Osten und Erfurt liegt aus Sicht von (West)Berlin im Westen. Wer bekommt nun welchen Mindestlohn. Dieses Bundeskabinett aus 100% Westministern macht sich nicht einmal mehr die Mühe zu sagen, **ExDDR** (DDR kommt denen nicht über die Lippen), **Neue Bundesländer** (nach 20 Jahren sind die nicht mehr neu), **Beitrittsgebiet** (da müsste man fragen: wozu sind die Beigetreten ? Zum Artikel 3 des Grundgesetzes, der bestimmt, dass niemand wegen seiner Heimat und Herkunft bevorzugt oder benachteiligt werden darf).

Diese unverfrorene Ost/West Benachteiligung/Bevorzugung ist so eindeutig ein Verstoß gegen Artikel 3 des Grundgesetzes, dass man es für unmöglich hält, dass jemand so etwas beschließt und gleich noch für die folgenden Jahre bis zunächst 2013. Die Steigerungen sind mit 0,25 € pro Jahr bis 1913 festgelegt, das bedeutet einer Verringerung des prozentualen Abstandes West/Ost bis 1913 um 0,65 %, wie die folgende Tabelle zeigt:

Jahr	West	Ost	Differenz	%-West	%Ost
2010	8,50	7,50	1,00	100 %	88,23 %
2011	8,50	7,50	1,00	100 %	88,23 %
2012	8,75	7,75	1,00	100 %	88,57 %
2013	9,00	8,00	1,00	100 %	88,88 %

Um 100 % Angleichung zu erzielen, wären bei einem Tempo mit 0,65 % in 4 Jahren und einem Abstand von etwa 11,8 % weitere 72 Jahre notwendig. Da freuen sich die Westunternehmer, der von dem Besitzerregime angeordnete Lohnraub-Ost ist für die nächsten 3 bis 4 Generationen gesichert.

Mit ihrer arroganten Besitzermentalität nehmen sie nur die Begriffe West und Ost. **OST** hat nur 3 Buchstaben, wie das Wort **DDR**.

Die Regierung hat aber eine Bundeskanzlerin aus der DDR - das ist etwa dasselbe, wie Walter Ulbricht. Das war ein Sachse und der willfähigste Helfershelfer des Besitzers **Stalin**. Frau Merkel fragt zunächst mal bei Ackermann und Co., was sie tun und lassen soll. Das hat sie als **FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda in der FDJ-Bezirksleitung** so gelernt, damals musste sie stattdessen bei der Parteiobrigkeit nachfragen.

Artikel 3 des Grundgesetzes

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Wenn man mal annimmt, dass in den 20 Jahren seit dem 3. Oktober 1990 im Durchschnitt etwa 10 Millionen Menschen in der ExDDR entweder einen Arbeitslohn, eine Lohnersatzleistung oder eine Rente bezogen haben und das Durchschnittseinkommen pro Monat bei 2000 Euro liegt. Das sind etwa 70 % des Westdurchschnittes von 2860 Euro. Jedem der 10 Millionen Menschen werden also in Durchschnitt etwa 860 Euro pro Monat vom Einkommen vorenthalten. Das sind für alle DDR-Bürger pro Monat 8,6 Milliarden Euro und pro Jahr 103 Milliarden Euro. In den zwanzig Jahren seit 1990 sind das etwa 2.060 Milliarden Euro Lohnraub-Ost. Das streichen die West-Unternehmen ein, es erscheint aber nirgendwo als Posten in der Buchhaltung, dafür zahlen Sie auch keine Steuern usw. Und das gefällt diesen Unternehmen: gut ausgebildete deutschsprechende Niedriglöhner. Das soll möglichst lange so bleiben. Dafür darf Frau Merkel mit Herrn Ackermann auch mal Geburtstag feiern.

Nun gibt es noch eine Hoffnung auf Grundgesetz-Gerechtigkeit für die 15 Millionen ExDDR Bürger, das **Bundesverfassungsgericht** ! Wir haben zwar gar keine Verfassung, aber ein Bundesverfassungsgericht. Dieses müsste seit 1990 eigentlich „**westdeutsches Verfassungsgericht**“ heißen, weil den 15 Millionen DDR-Bürgern im Gegensatz zu Artikel 36 GG (s.o.) eine Mitwirkung an deren Entscheidungen vorenthalten wird. In vielen Urteilen hat dieses westdeutsche Gericht entschieden,

dass der Artikel 3 für die ExDDR nicht anzuwenden sei. Es wurden wolkige Fabulierungen benutzt, um nachzuweisen, dass die Gleichheit nicht bedeutet, es müsse etwas GLEICH sein (pla pla pla). Damit verstoßen diese westdeutschen Damen und Herren u.a. auch gegen den Artikel 1 des Grundgesetzes, dessen Geltungsbereich die DDR am 3. Oktober 1990 beigetreten ist. Wir haben uns nicht der ständigen Unrechtsprechung einer Zusammenrottung von westdeutschen Apartheid-Richtern untergeordnet, wir haben auch nicht einen Krieg verloren oder bedingungslos kapituliert.

Artikel 1 des GG

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Das Verfassungsgericht ist nicht berechtigt, das Gleichheitsgebot für die im Osten aufzuheben. Damit handelt diese Einrichtung selbst verfassungswidrig.

Wer achtet nun darauf, dass der Einigungsvertrag von 1990 eingehalten wird ? Die westdeutschen Besatzer haben sehr schnell ein Mittel gefunden, mit dem man alle Kritik zum Schweigen bringen kann – die **Stasi-Akten**. Es wurden willfährige Leute herausgesucht, die zunächst ihre eigene Stasiakte säubern konnten und danach alle die, die in irgendeiner Weise die Interessen der ExDDR-Bürger vertreten wollten, mit der Stasi-Keule zum Schweigen zu bringen. Es gibt nur zwei, die sich erfolgreich dagegen zur Wehr gesetzt haben, aber trotzdem immer wieder Angriffen ausgesetzt sind: Manfred Stolpe und Gregor Gysi. Eines der ersten Opfer war der erste frei gewählte Ministerpräsident der DDR **Lothar de Maizière**. er verstummte bereits im Dezember 1990 (leider !). Auch Günther Krause, der Miterarbeiter und Unterzeichner des Einigungsvertrages wurde mit fadenscheinigen Gründen ausgeschaltet (1993). Es folgten viele andere. Auch die sogenannten „Revolutionäre“ von 1989, **Bündnis 90**, die sich den Grünen angeschlossen haben, obwohl denen in besonderer Weise die Probleme der ExDDR-Bürger völlig egal sind, und die sich besonders bei der Erarbeitung und Verabschiedung von Apartheid-Gesetzen zum Nachteil der DDR-Bürger entgegen dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes ausgezeichnet haben. Vielleicht wollten sie nun gegen die DDR-Menschen das tun, was ihnen selbst 1985/86 passierte, als sie im Auftrag der CDU vom Verfassungsschutz überwacht wurden und von vielen Aufgaben als Abgeordnete ferngehalten wurden. Die Bündnis 90 Leute sind nun völlig untergegangen und somit auch mundtot gemacht. Sie lassen sich hin und wieder dafür missbrauchen, die Stasikeule zu schwingen, um wieder mal einen aus der DDR, der sich bemüht etwas für seine Landsleute zu tun, mundtot zu machen. Dafür bekommen sie auch 100% West-Bundestags-Abgeordnetenbezüge, und nicht etwa nur 80% wie die meisten ihrer Landsleute. Das ist ein Judas-Lohn.

Herr Schäuble, der den Einigungsvertrag auf der Seite der BRD mit erarbeitet hat und ihn besonders genau kennen müsste, ist auch kein wirklicher Helfer. In den letzten Jahren war er auch Innenminister und somit Verfassungsminister. Die verfassungswidrigen Apartheid-Gesetze, die in dieser Amtszeit verabschiedet wurden, fanden niemals seine Kritik. Vielmehr war er ein eifriger Mitverfasser, wenn es darum ging den ostdeutschen Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst einen Ost-Lohn, Ost-Arbeitszeiten usw. zu verpassen.

Der Bundespräsident ???

Seit 1990 hatten wir

- **Herrn Weizsäcker** (einen Nazi-Offizier), den störte Ost/West gar nicht, er bekommt heute noch pro Monat sein auch von den Ost-Bürgern über Steuern mitfinanziertes Präsidentengehalt, solange er lebt, obwohl wir im Osten ihn niemals (indirekt) gewählt haben.
- **Herr Herzog**: er war vorher Präsident des (westdeutschen) Bundesverfassungsgerichtes und müsste eigentlich das Grundgesetz ganz genau kennen. Seine Erwiderung auf Willy Brands Ausspruch „**Nun wächst zusammen, was zusammen gehört**“ war: „**Es darf aber nicht zusammenwuchern**“, damit meinte er: Die Ossis müssen wie Nigger behandelt werden, mehr sind sie nicht wert. Auch er bekommt seine Bezüge bis zum Lebensende, u.a. von den Ossis finanziert. Er war der erste Bundespräsident, der im wiedervereinigten Deutschland gewählt wurde (natürlich: ein Wessi).
- **Herr Rau**: Er versuchte immer salbungsvolle Reden zu halten. Die Ossis waren ihm völlig egal und das Grundgesetz ebenfalls. Alle grundgesetzwidrigen Apartheidgesetze in seiner Amtszeit hat er widerspruchslos unterzeichnet.
- **Herr Köhler**: Für ihn gilt das gleiche. Er hat zwar bei manchen Gesetzen Bedenken vor dem Unterzeichnen gehabt, aber niemals, wenn es um die Apartheidgesetze zum Nachteil seiner ostdeutschen Landleute ging.
- **Herr Wulff**: bisher hat er sich nicht als Anwalt der ostdeutschen Landsleute zu erkennen gegeben.
- **Herr xyz**: warum gab es in den 20 Jahren seit 1990 keinen Bundespräsidenten aus der ExDDR ??? – dreimal dürfen sie raten ...

Die einzigen, die etwas für die ExDDR-Bürger tun, sind die **Linken**. Seit allerdings die Westdeutschen auch diese Partei, die in vielen Ost-Bundesländern eine Volkspartei ist, in Besitz genommen haben, wird das Thema Ost/West und das Nicht-Gleichheitsgebot kaum noch angesprochen. Es war aber Oskar Lafontaine, der als Minister bei Schröder am Anfang dessen Regierungszeit festlegte, dass bei den 400 Euro-Jobs, bei denen es noch bei Kohl eine Ost/West-Unterscheidung gab, kein Unterschied mehr gemacht wird.

1996 = DM 590 West, DM 500 Ost

Ab 1. April 1999 für West- und Ostdeutschland 325 Euro

Das war 1999. Leider ist das bis heute fast 13 Jahre später die einzige westdeutsche Regelung, wo es dem Grundgesetz entsprach. Damals dachte ich: nun endlich beginnt die Angleichung. Eigentlich hätte das seit dem 1.1.1996 sein müssen. Die vielen Westbeamten, die zum Teil heute immer noch in Bonn arbeiten und mit Steuergeldern teure Flugreisen **Berlin <-> Bonn** bestreiten, erarbeiten nahezu jedes Gesetz und jede Regelung mit einer Ost/West-Klausel. Außer, wenn es um das **Zahlen** geht, da müssen die ExDDR-Bürger zur Einhaltung des Gleichheitsgebotes das gleiche zahlen: Krankenversicherungsbeiträge, Praxisgebühr, Mehrwertsteuer u.v.a.m

Die **Linken**, die relativ stark im Bundestag vertreten sind, werden von all den anderen (westdeutschen) Parteien diskriminiert und ausgeschaltet. Jüngstes Beispiel: Bei der Suche nach einer Lösung zur Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils Harz IV dürfen die Linken nicht mitreden, obwohl sie in

einigen Bundesländern direkt und indirekt an der Landesregierung beteiligt sind und in vielen Gemeinden den Bürgermeister stellen. Damit werden die Volksvertreter der ExDDR-Bürger gezielt mundtot gemacht – ach wie toll ist diese West-Demokratie. Die ExDDR-Bürger werden immer gegenüber den Westdeutschen eine Minderheit sein. Genau dafür ist das Gleichheitsgebot im Grundgesetz.

Hessen (4 Millionen Einwohner) : 4 Bundesminister
Bayern (12 Millionen Einwohner) : 4 Bundesminister
ExDDR (15 Millionen Einwohner) : 0 Bundesminister

Wenn heute in Kairo und anderswo die Menschen auf die Straße gehen um gegen 30 Jahre Diktatur zu protestieren, da denke ich, auch wir DDR-Bürger sollten nach 20 Jahren Westbesatzung (und vorher 40 Jahre Sowjetische Besatzung) das auch nicht mehr so hündisch hinnehmen. Steffan Heym hat am Berliner Alexanderplatz im November 1989 ausgerufen: „**wir müssen den aufrechten Gang wieder erlernen**“. Ja das stimmt, wir dürfen uns nicht mehr von den Biedenkopfs und anderen Herrenmenschen alles widerspruchslos gefallen lassen.

Wenn man das Märchen „**Die Farm der Tiere**“ von **George Orwell** liest, da geht es um Tiere, die von den Menschen unterdrückt und gepeinigt werden und durch einen Aufstand die Menschen verjagen. Danach geben sie sich Regeln, die groß auf das Farmtor geschrieben werden. Die wichtigste Regel heißt:

„Alle Tiere sind gleich“.

Nach einiger Zeit haben die Schweine das Kommando übernommen und ergänzen dieses Gesetz heimlich um den Zusatz:

„... aber die Schweine sind etwas gleicher“.

Orwell hat dieses Buch 1945 geschrieben. Erstaunlich, dass er da bereits das gesehen hat, was die westdeutschen Verfassungsrichter und Frau Leyen heute als Urteile und Gesetze verkünden. Sie nutzen dafür genau wie George Orwell die Praxis, die von Stalin und Hitler vorgelebt wurde.

Traurig ist nur, dass auch die (westdeutschen) Gewerkschaften in den letzten 20 Jahren diese Spielchen bereitwillig mitgespielt haben. Tarifabschlüsse Ost/West, dabei ging es nicht nur um den Lohn sondern auch um die Arbeitszeiten. Im Osten für weniger Lohn länger arbeiten. Wer die Gewerkschaftsführer und „Bestimmer“ sind, ist ja auch kein Geheimnis. Traurig ist, dass durch die seit 20 Jahren ununterbrochene Verunglimpfungspropaganda der Westjournaliste und der Westunternehmer, die den Lohnraub-Ost abgesichert haben wollen, wo ständig behauptet wird, in einer Stunde würde zwei bis drei Ossi nur soviel leisten, wie einer aus dem Westen, deshalb wäre ein Lohn von 70% des Westlohnes immer noch viel zu viel. Das sollte man mal nachweisen an einem Zahnarzt, einem Straßenbahnfahrer, einer Lehrerin oder irgend einem anderen Berufstätigen in der ExDDR. Sie benutzen meist ein Formel:

Produktivität = Bruttosozialprodukt / Anzahl Einwohner.

Dabei gibt es viele Fehler. Viele junge Menschen arbeiten im Westen, weil sie hier entweder keine Arbeit finden oder die Apartheid-Ost-Löhne bekommen würden. Deren Produktivität wird im Westen abgerechnet, als Einwohner werden sie im Osten gezählt. Ich selbst habe in einem IT-Unternehmen, das weltweit aufgestellt ist, gearbeitet. Wir waren in Dresden eine kleine Gruppe von Programmierern, die zusammen mit den Kollegen in Westdeutschland am gleichen Projekt, für dieselben Kunden usw. gearbeitet haben. Für alle galt gegenüber den Kunden derselbe Stundensatz bei der Rechnungslegung. Lediglich beim Lohn gab es Unterschiede. Für dieselben Leistungen, denselben Stundenerlös usw. bekamen wir etwa 20 bis 40% weniger Lohn, als unsere Westkollegen. Da wir in Dresden keine eigenständige Firma waren sondern nur eine Location, wurden unsere Leistungen (Erlöse bei den Kunden) alle im Westen, wo auch die Buchhaltung war, abgerechnet. Unser Bruttosozialprodukt erschien statistisch im Westen und wurde somit der Produktivität unserer Westkollegen zugeschlagen. Unsere Produktivität war NULL. Der Gewinn im Osten war für die Firma wegen der geringeren Löhne sogar wesentlich höher. So geht es mit vielen anderen buchungstechnischen Vorgängen auch. Unsere SV-Beiträge und unsere Lohnsteuer wurden bei den West-Stellen abgeführt und werden dort als Einnahmen geführt, d.h. RV-, KV, PV-Beiträge, Lohnsteuer. Die Leistungen erhalten wir im Osten, also Rückzahlung zuviel gezahlter Steuern, Rente, Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherungen. Das Defizit sind dann die angeblichen West-Transfers in den Osten.

Die gesamte Statistik bezüglich der angeblich niedrigeren Produktivität im Osten ist durchgehend organisierte Volksverdummung mit dem Ziel, den Lohnraub-Ost und das Vorenthalten des Gleichheitsgebotes des Grundgesetzes möglichst lange zu begründen. Da ja viele junge Leute in den letzten 20 Jahren genau wegen dieser Apartheidpolitik in den Westen gegangen sind, man spricht von mehreren Millionen, weit mehr als vor dem Bau der Ulbricht-Mauer, und auch heute noch gehen, bleiben vor allem ältere Menschen hier im Osten. Wenn ein Ost-Rentner in den Westen gehen würde, bekäme er dort auch nur Rentenpunkte-Ost. Er bleibt in der Regel hier. Somit sind unsere jungen Leute im Westen und der Rentneranteil ist dort geringer als im Osten. Allein damit kann man eine scheinbar höhere Produktivität ausweisen. Wenn man heute im Jahr 2011 die Abgänger der Gymnasien und Hochschulen fragt, ob sie im Osten bleiben oder in den Westen gehen, dann sind es nahezu 70% und mehr, die in den Westen gehen. Das kommt den West-Bundesländern nicht ungelegen. Die Aufzucht und Ausbildung können die im Osten machen (Kindergärten, Schulen, Studium), die fertigen deutschsprachigen Spezialisten nehmen wir gern, die Dummen könnt ihr im Osten behalten.